

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 2. Sitzung des Ortsbeirates Klotzsche (OBR KI/002/2014)

am Montag, 8. Dezember 2014,

18:30 Uhr

**im Ortsamt Klotzsche, Bürgersaal,
Kieler Straße 52, 01109 Dresden**

Beginn der Sitzung:

18:30 Uhr

Ende der Sitzung:

21:15 Uhr

Anwesend:

Mitglied Liste CDU

Holger Liskowsky
Heinrich-Ewald Lüers
Robert Schulze
Dr. Steffen Sickert

Mitglied Liste DIE LINKE

Steffen Apel
Andrea Pohl

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Jens Müller
Andreas Weck-Heimann

Mitglied Liste SPD

Ursula Roitsch

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Jutta Zichner

Mitglied Liste FDP

Torsten Pötschk

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger

Gabriela Hanzsch

Stellvertretende Mitglieder

Klaus Richter

Vertretung für Herrn Heinz Geißler

Verwaltung:

Frau Nitschke

Planungs- und Entwurfsingenieurin, Straßen-
und Tiefbauamt

Frau Reinhardt

Planerin vom Ingenieurbüro Mund, Gille + Part-
ner GbR

Frau Pochert

Abt.-Leiterin Planung/Entwurf/Neubau, Amt für
Stadtgrün und Abfallwirtschaft

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates
- 1.1 Informationen des Straßen- und Tiefbauamtes zum Ausbau der Langebrücker Straße zwischen Käthe-Kollwitz-Platz und der Eisenbahnunterführung
- 1.2 Zweite Fortschreibung Spielplatzentwicklungskonzeption **V0120/14
beratend**
- 2 Informationen des Ortsamtsleiters
- 3 Anfragen und Anregungen

Nicht öffentlich

- 4 Interne Abstimmung des Ortsbeirates zu einer gemeinsamen Stellungnahme des Ortsbeirates Klotzsche zur Aufnahme von Asylbewerbern in Klotzsche

öffentlich

Herr Wintrich, Vorsitzender, begrüßt die Mitglieder des Ortsbeirates, sowie die anwesenden Gäste. Er weist, aus gegebenem Anlass darauf hin, dass fotografieren nur mit schriftlicher Zustimmung aller Anwesenden zulässig ist. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung fest.

Zu Beginn der Sitzung sind alle 13 Ortsbeiräte anwesend, so dass die Beschlussfähigkeit festgestellt werden kann. Einwände zur Tagesordnung wurden nicht vorgebracht. Herr Apel bittet jedoch darum, dass sich der Ortsbeirat nach Möglichkeit über eine gemeinsame Stellungnahme des Ortsbeirates zum Thema Asylbewerberheim verständigt.

Herr Dr. Sickert stellt hierzu den Antrag, dass eine Verständigung des Ortsbeirates in nicht öffentlicher Sitzung durchgeführt wird. Frau Zichner möchte an dieser Stelle versuchen zu erklären, warum die Bürger vorm Ortsamt demonstrieren. Da aufgrund des Antrages zur Geschäftsordnung jedoch nur eine auf den Antrag bezogene Gegenrede zulässig ist, muss Frau Zichner in ihren Ausführungen unterbrochen werden. Die anschließende Abstimmung wird von ihr kurz unterbrochen, mit der Frage, „ob das Demokratie ist“ und dem Hinweis, dass die Demonstranten sich nur gegen den Standort wehren.

Abstimmung: Zustimmung

10 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen, 0 Befangen

Über eine mögliche gemeinsame Stellungnahme des Ortsbeirates wird im Anschluss an den öffentlichen Teil, in nicht öffentlicher Sitzung beraten.

Herr Wintrich weist an dieser Stelle darauf hin, dass sich nach der letzten Ortsbeiratssitzung ein Runder Tisch Asyl gebildet hat. Dieser lädt am 15.12.2014, 18 Uhr in die Christuskirche am Boltenhagener Platz zu einem Bürgergespräch unter anderem mit Vertretern aus Verwaltung, Politik und Polizei ein. Moderiert durch Herrn Dr. Ulbricht von der Landeszentrale für politische Bildung, können hier Fragen - auch schriftlicher Natur - vorgetragen werden.

Im Vorfeld der Sitzung wurde dem Ortsamt von Herrn Lüers folgender Änderungs-/ Ergänzungswunsch übermittelt:

TOP 3 auf Seite 7 Mitte: „Hierzu führt die Stadträtin Frau Apel aus, dass dem Stadtrat nach der Beschlussfassung mitgeteilt wurde, dass der Standort aufgrund einer nicht unerheblichen Kostensteigerung nicht weiter verfolgt wird.“

Bitte ergänzen: „Herr Lüers weist darauf hin, dass der Standort nach seiner Kenntnis nicht endgültig, sondern nur vorläufig nicht weiter verfolgt wird.“

Von Seiten des Ortsbeirates gibt es zu dieser Ergänzung keine weiteren Anmerkungen, so dass über den Änderungswunsch abgestimmt wird:

Abstimmung: Zustimmung, einstimmig

Die Ergänzung wurde im Protokoll der ersten Ortsbeiratssitzung vom 03.11.2014 bereits ergänzt und von Ortsbeirat anschließend bestätigt.

Der unter Top 4 neuaufgenommene Punkt - Interne Abstimmung des Ortsbeirates zu einer gemeinsamen Stellungnahme des Ortsbeirates Klotzsche zur Aufnahme von Asylbewerbern in Klotzsche“ wurde in nicht öffentlicher Sitzung beraten. Verabschiedet wird einstimmig nachfolgende Erklärung:

Stellungnahme des Ortsbeirates Klotzsche zur Aufnahme von Asylbewerbern in Klotzsche

Wir haben sowohl eine moralische, politische und auch gesetzliche Pflicht, Asylsuchenden zu helfen und stellen uns als Ortsbeiräte dieser Verantwortung. Wir müssen und wollen für sie auch im Dresdner Norden eine menschenwürdige Unterbringung gewährleisten, sie in unserer Stadt willkommen heißen und sie integrieren.

Die Mitglieder des Ortsbeirates Dresden-Klotzsche unterstützen alle Maßnahmen des kommunalen wie des bürgerschaftlichen Engagements in Klotzsche, um die Ängste und Vorbehalte der Anwohnerinnen und Anwohner gegenüber Asylsuchenden sachlich aufzunehmen und deren Begründung zu prüfen.

Wir wollen, dass alle Anwohnerinnen und Anwohner ihre Sorgen und Ängste in Bürgergesprächen vortragen oder schriftlich einreichen können, so dass die Landeshauptstadt Dresden diese Bedenken wahrnimmt und gegebenenfalls Maßnahmen zur Vorbeugung einleiten kann.

Die Mitglieder des Ortsbeirates Dresden-Klotzsche unterstützen ebenso alle Bemühungen des bürgerschaftlichen Engagements in Klotzsche, um Asylsuchende hier in das gesellschaftliche Leben einzubeziehen.

1 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

1.1 Informationen des Straßen- und Tiefbauamtes zum Ausbau der Langebrücker Straße zwischen Käthe-Kollwitz-Platz und der Eisenbahnunterführung

Frau Nitschke und Frau Reinhardt stellen die Planung für den Ausbau der Langebrücker Straße zwischen dem Käthe-Kollwitz-Platz und der Brücke der Deutschen Bahn vor.

Frau Nitschke führt aus, dass der ehemalige Unfallschwerpunkt Käthe-Kollwitz-Platz bereits 2011 ungeplant und durch bauliche Maßnahmen verändert werden konnte. Die Langebrücker Straße sollte ursprünglich mit umgebaut werden, musste aber aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden. Nunmehr konnte der grundhafte Ausbau für 2015 im Haushaltsplan eingeordnet werden, so dass die Planungen wieder aufgenommen werden konnten. Ein Fördermittelantrag wurde bereits gestellt und im Sommer auch bestätigt. Gegenwärtig läuft die Ausschreibung für die Baumaßnahme. So das Wetter mitspielt, wird mit den bauvorbereiteten Maßnahmen am 23. Februar begonnen.

Frau Reinhardt, erklärt, dass die Baumaßnahme von dem kurzen Straßenstück der Langebrücker Straße, welches im Zusammenhang mit dem Umbau des Käthe-Kollwitz-Platz schon ausgebaut wurde, bis an die Bahnbrücke der DB AG reicht. Vorgesehen ist ein grundhafter Ausbau der Fahrbahn samt Straßenentwässerung, sowie auf der nördlichen Seite die Errichtung eines Gehweges vom Käthe-Kollwitz-Platz bis zur Traubelstraße. Auf der Südseite, wird der Gehweg, welcher eine Breite zwischen 2,5 und 3,3 m aufweist, durchgängig bis zum Anschluss an der Bahnbrücke gestaltet. Im Zusammenhang mit dem Ausbau werden im nördlichen Fahrbahnrandbereich gleichzeitig Leitungen und Hausanschlüsse erneuert. Gebaut werden soll jeweils nur mit halbseitigen Sperrungen in insgesamt drei Abschnitten von April bis Anfang November 2015. Daran anschließen wird sich eine vier wöchige Kanalsanierung, die jedoch nur zu punktuellen Einschränkungen führen wird. Zur besseren Verkehrsführung während der Bauzeit, werden die Bauampeln und die Lichtsignalanlage am Käthe-

Kollwitz-Platze miteinander verknüpft, so dass ein Verkehrsabfluss gewährleistet werden kann.

Da im südlichen Gehwegbereich ein schützenswerter Baumbestand vorhanden ist, wird der Gehweg im Wurzelbereich durch Luftkammerplatten ausgeführt, die eine Belüftung und Versickerung ebenso zulassen, wie ein gefahrloses Begehen.

In der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Pohl, Frau Roitsch, Herr Apel, Herr Dr. Sickert, Herr Weck-Heimann, Herr Lüers, Herr Müller, Herr Pötschk.

Folgende Fragen werden gestellt und beantwortet:

- Ist der südliche Gehweg auch für Radfahrer nutzbar? - In den seit 2009/10 vorangetriebenen ursprünglichen Planungen, war vorgesehen, dass der Gehweg mit „Rad frei“ beschildert wird. Ein Gehweg musste in solch einem Falle als unterste Grenze ein Maß von mind. 2,5m Breite aufweisen. Nunmehr haben sich die rechtlichen Vorschriften aber geändert. Da im Falle der Langebrücker Straße auf der südlichen Gehbahn mit Zweirichtungsverkehr zu rechnen ist, zeigte sich im weiteren Verfahren, dass eine Freigabe des Gehweges zur Mitbenutzung für Fahrräder rechtlich nicht mehr zulässig ist. Weiterhin besteht das Problem, dass auf Langebrücker Seite ohnehin kein Radweg angeordnet ist.
- Hinterfragt wird die Gehwegbreite - für reine Gehwege werden mind. 2,5m angesetzt, für kombinierte Rad-/ Gehwege mindestens 3m und mehr.
- Wo würden aufgrund der Gehwegbreite Konflikte bei einer Mitbenutzung von Radfahrern entstehen? - Im Bereich zwischen Käthe-Kollwitz-Platze und Traubelstraße dürfte es keine Konflikte geben. Im gesamten restlichen Straßenbereich kommt es dagegen zu Konflikten, unter anderem aufgrund vorhandener Baumstandorte und der Flurstücksgrenzen. Es wird aber auch drauf hingewiesen, dass unter der Bahnbrücke ohnehin nur 2 m Gehwegbreite zur Verfügung stehen.
- Ist ein geschützter Raum auf der Fahrbahn bei der gegebenen Fahrbahnbreite möglich? - Nein
- Ist der Bereich unter der Bahnbrücke in den Ausbau einbezogen? - Nein, ab dem Tunnelrand ist der Straßenbaulastträger das Straßenbauamt Bautzen.
- Entstehen den Anwohnern durch die Erneuerung der Medien und der Hausanschlüsse Kosten? - Davon ist nichts bekannt. Sollten durch derartige Maßnahmen Kosten entstehen, so werden diese ohne Einfluss der Stadt von DREWAG/ Stadtentwässerung erhoben.
- Ist die Einschätzung der Straßenverkehrsbehörde zwingend? - Ja
- Kann die Straße zugunsten des Fußweges schmaler gestaltet werden? - Nein, es handelt sich um eine Staatsstraße, die zudem Schwerlastverkehr aufnimmt und daher Mindestmaße erfüllen muss.
- Kann die Beleuchtung unter der Brücke verbessert werden? - Die Brücke befindet sich im Eigentum der DB AG. Diese ist ein schwieriger Partner und Abstimmungsprozesse dauern sehr lang.
- Sind Grundstückseigentümer angesprochen wurden, ob sie bereit wären einen teil ihrer Flächen zugunsten breiterer Gehwege abzugeben? - Aufgrund der kurzfristig erst bereitgestellten Haushaltsmittel ist die Frage des Grunderwerbs nicht geprüft wurden. Ohnehin stünden die Baumstandorte einer Erweiterung im Weg.
- Wie läuft der Planungsprozess in der Regel? - Legt erst die Straßenverkehrsbehörde fest, wie der Verkehr geordnet wird und dann wird geplant, oder wird erst geplant und dann entscheidet die Straßenverkehrsbehörde, was möglich ist? - Mit allen Beteiligten wird ab der Vorplanung nach Lösungen und Abstimmungen gesucht. Auch für die Langebrücker-Straße gab es anfänglich den Konsens, den Gehweg mit „Rad frei“ anzuordnen. Aufgrund der langen Zeit und der rechtlichen Änderung, kann dies aber nicht mehr umgesetzt werden.

Die Fragerunde wird vom lautstarken Protest der zwischenzeitlich zahlreich erschienenen Bürger unterbrochen. Diese beschwerten sich in teils beleidigendem Tonfall, dass sich keiner der Vertreter des Ortsbeirates an die Demonstranten vor dem Haus wendet und dass sie keine Informationen zum geplanten Asylbewerberheim bekommen. Der mehrfache Versuch des Vorsitzenden, die Sachlage darzulegen und für die Bürgerversammlung am 15.12.2014 zu werben, wird immer wieder lautstark unterbrochen. Auch der Versuch von Herrn Dr. Sickert das Wort zu ergreifen, wird nach wenigen Worten barsch unterbrochen. Da sich zeigt, dass

die Demonstranten für sachliche Argumente nicht offen sind und Rednern sofort ins Wort fallen, wird die Sitzung kurz unterbrochen.

Nach der Unterbrechung wird die Fragerunde mit folgenden Fragen fortgesetzt:

- Wenn Fahrradfahrer ohnehin auf der Straße fahren müssen und sich Autos dahinter einordnen, warum ist es dann nicht möglich sofort entsprechende Schutzstreifen zu markieren? - Hierzu gibt Frau Zichner zu bedenken, dass sich dies schon aus der StVo ergibt. Autofahrer haben sich - im Sinne der gegenseitigen Rücksichtnahme - hinter einem Radfahrer einzuordnen und zu warten, bis sich eine Gelegenheit bietet, den Radfahrer mit ausreichend Sicherheitsabstand zu überholen.
- Es wird der Hinweis vorgetragen, dass das Radfahren an Bedeutung gewinnt und immer mehr gefördert werden soll, daher ist eine Radweglösung wichtig und es wird darum gebeten, dies noch einmal zu prüfen.

Frau Nitschke sagt zu, dass sie das Thema noch einmal intensiv mit der Straßenverkehrsbehörde bespricht und uns dazu eine Antwort zukommen lässt.

Abschließend hinterfragt ein Bürger noch die Regelung mit den Baustellenampeln. - Bisher ist es so, dass Bus und Bahn eine Vorrangschaltung haben. Während der Bauzeit wird das Signal aufgehoben und die Ampeln der Kreuzung sind mit den Bauampeln gekoppelt, so dass der Verkehr abfließen kann.

Herr Wintrich dankt Frau Reinhardt und Frau Nitschke für die Vorstellung der Baumaßnahmen und hofft, bald eine Antwort von Seiten der Straßenverkehrsbehörde zu erhalten.

1.2 Zweite Fortschreibung Spielplatzentwicklungskonzeption

**V0120/14
beratend**

Frau Pochert stellt nach dem Auftrag des Stadtrates von 2002, dass es zu keiner Verschlechterung des Spielplatzangebotes kommen darf, die zweite Fortschreibung der Spielplatzkonzeption, welche seit 2004 als Konzept vorliegt und 2008 erstmals fortgeschrieben wurde, vor. In Vorbereitung auf dieses Konzept wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, der alle wichtigen Ämter der Stadtverwaltung angehören. Vertreten sind unter anderem das Stadtplanungsamt, das Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft, das Schulverwaltungsamt sowie der Sportstätten- und Bäderbetrieb.

Als erster Schritt wurde eine Bedarfserfassung durchgeführt, bei der alle Spielplätze der Stadt erfasst wurden, die öffentlich zugänglich sind. Hierzu zählen auch Schulsportflächen, Anlagen von Kinder- und Jugendhäusern und Spielplätze von Wohnungsgenossenschaften und Gagfah, soweit ein ungehinderter Zugang möglich ist. Nicht mit betrachtet wurden daher Anlagen von Sportvereinen/ Sportplätzen (da Mitgliedschaft nötig) sowie Parkanlagen und Grünflächen. Insgesamt wurden stadtweit 839 Spielplätze ermittelt, was eine leichte Erhöhung im Vergleich zur ersten Fortschreibung darstellt. In Verwaltung des Amtes für Stadtgrün und Abfallwirtschaft sind hiervon 193 Spielplätze. Für den Ortsamtsbereich Klotzsche konnten insgesamt 23 Spielplätze verzeichnet werden. Zur weiteren Betrachtung wurden die Kinder und Jugendlichen - entsprechend ihrem Spiel- und Nutzungsverhalten - in drei Altersgruppen eingeteilt. Die 0 bis 5 jährigen, die 6 bis 11 jährigen und die Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren.

In einem zweiten Schritt wurde der Bedarfs- und Versorgungsgrad ermittelt und eine Platzanalyse durchgeführt. Hierzu wurden mehrere verschiedene Kriterien zur Anwendung herangezogen. So spielt die Größe der Spielplätze für die jeweilige Altersgruppe eine Rolle (Kleinkinder benötigen weniger Platz als Jugendliche) aber ebenso auch die zumutbare fußläufige Entfernung (Altersgruppe 0-5 = 200m; 6-11= 400m, 12-17 = 1000m) sowie mögliche Barrieren (Straßen, ...). Auch die Lage der Wohngebiete, die Bebauungsstruktur, soziale Indikatoren sowie die Prognosen zur Einwohnerentwicklung spielen eine nicht unerhebliche Rolle.

Aus den so gewonnenen Daten wurde ein Bedarf ermittelt und eine Versorgungskarte erstellt. Der Versorgungsgrad bei den 6-11 jährigen liegt bei 53%, bei den Jugendlichen hingegen nur bei 38%. Daraus resultierend wurden Dringlichkeitsstufen abgeleitet, die zeigen sollen, wo besondere Prioritäten zu setzen sind. Für die Altersgruppe der 6-11 jährigen sind Gebiete mit der höchsten Dringlichkeit unter anderem Pieschen, Cotta, Mickten und in der Johannstadt. Bei den Jugendlichen sind dies unter anderem Pieschen, Cotta, Striesen sowie Trachau.

Als dritter Schritt wurde ein Ergebnisvergleich zwischen der ersten und der zweiten Fortschreibung durchgeführt. Insgesamt kann ein Zuwachs an 11 Spielplätzen festgestellt werden. Tatsächlich wurden 82 neue Spielflächen geschaffen, jedoch war im gleichen Zeitraum auch einem Abgang von 71 Spielplätzen - unter anderem durch Wohnungsrückbau bzw. demografische Veränderung in Wohngebieten - zu verzeichnen.

Als letzter Schritt wurden Entwicklungsziele und mögliche Maßnahme benannt. Ein erarbeiteter Maßnahmenkatalog sieht unter anderem den Erhalt und die Sicherung des Bestandes, die qualitative Aufwertung und die räumliche Erweiterung des Bestandes sowie die Erschließung neuer Flächen entsprechend Priorität vor. Auch die Öffnung und Ausstattung von Schulhöfen und Erschließung von Kleingartenanlagen wird als Ziel formuliert. Wichtig ist dabei, große Wohnungsgenossenschaften und –unternehmen einzubeziehen (in der Altersgruppe der 6-11 jährigen gehören 72% der Spielplätze der Stadt Dresden, bei den 12-17 jährigen sogar 82%). Für die gesamte Stadt werden 59 konkrete Vorschläge unterbreitet, wo die Etablierung eines neuen Spielangebotes als möglich erachtet wird (11 sofort, 22 kurzfristig, 26 langfristig).

Für Klotzsche bleibt festzuhalten, dass es für Kinder ein großes Defizit an Spielflächen besteht, welches bei Jugendlichen noch größer ist. Aufgrund der o.g. verschiedenen Kriterien ergibt sich jedoch nur vereinzelt eine hohe Dringlichkeit. Dennoch werden im Ortsamtsgebiet drei Vorschläge für mögliche neue Standorte unterbreitet. Bei den von Frau Pochert vorgestellten Vorschlägen - sie decken sich nicht vollständig mit denen im Konzept benannten Standorten - handelt es sich um eine städtische Fläche Am Sportplatz in Wilschdorf, um eine städtische Brachfläche gegenüber des Festspielhauses Hellerau (ehemals B-Plan 299) sowie um eine Fläche an der Keulenbergstraße nahe dem Reineckeweg in Wilschdorf. Für Wilschdorf war zunächst eine andere Fläche Am Winkel vorgesehen. Da diese Fläche aber aus Hochwasserschutzgründen an der Bartlake nicht mehr zur Verfügung steht, konnte in Zusammenarbeit mit dem engagierten Heimatverein eine neue Fläche gefunden werden, die zumindest einen Spielplatz für kleinere Kinder ermöglicht. Dieser Standort wird so eingeschätzt, dass hier eine Umsetzung am ehesten zu erwarten ist.

Von den Ortsbeiräten Herr Müller, Frau Zichner, Frau Roitsch, Frau Pohl, Herr Apel, Herr Weck-Heimann, Herr Lüers und Herr Pötschk werden folgende Fragen gestellt und beantwortet:

- An der Travemünder Straße soll ein neues Wohngebiet entstehen. Hier wäre die Errichtung eines neuen Spielplatzes wichtig. Es wird darum gebeten, auf den Investor diesbezüglich zuzugehen.
- Die vom Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft betreute Grünfläche an der Klotzscher Hauptstraße/ Ruschewiesen wird als Standort für einen neuen möglichen Kleinkindspielplatz vorgeschlagen. Diesen Vorschlag von Frau Zichner nimmt Frau Pochert mit und wird ihn auf eine Realisierbarkeit hin prüfen. Jedoch gibt sie zu bedenken, dass im nächsten Doppelhaushalt für die Jahre 2015 und 2016 kein Geld für den Neubau von Spielplätzen eingestellt ist, so dass eine Umsetzung auf zukünftige Jahre verschoben werden muss. Im Doppelhaushalt sind bisher nur Gelder für den Erhalt der vorhandenen Spielplätze vorgesehen, wobei auch hier ein deutlicher Mehrbedarf angemeldet wurde.
- Das Wilschdorf mit zwei Vorschlägen enthalten ist, wird begrüßt. Bezüglich der Fläche am Sportplatz wird nachgefragt, wie es um die Errichtung des Funkmastes bestellt ist. - Nach Kenntnis des Ortsamtes gab es Verhandlungen mit der Kirchengemeinde, jedoch liegen dazu keinen weiteren Informationen vor.
- Was ist unter der Prognose der Einwohnerentwicklung zu verstehen? - Es handelt sich um eine rein statistische Vorhersage, wie viele Kinder zukünftig im Gebiet leben werden.
- Die Planungen zum Standort an der Keulenberg Straße werden hinterfragt. - Hierbei handelt es sich um eine erste Idee, welche insbesondere durch den Heimatverein Wilschdorf vorangetrieben wird. Erste Skizzen sind vorhanden, eine mögliche Fläche ist nach einem Vor-

schlag des Heimatvereines gefunden. Probleme bereitet, wie schon genannt, die Finanzierung, bei der der Heimatverein aber unterstützend tätig werden will.

- Welche Mitspracherechte besitzt die Stadt bei Flächen von Wohnungsgenossenschaften und Gagfah? - Die Zusammenarbeit mit den Genossenschaften ist sehr gut, sie sind an der Schaffung neuer Angebote durchaus interessiert, man ist immer wieder im Gespräch, auch in Bezug auf gemeinsame Umsetzungen. So wurde von der Wohnungsgenossenschaft Johannstadt zum Beispiel ein Bolzplatz finanziert, der an die Stadt zur Pflege und Erhaltung übergeben wurde. Die Zusammenarbeit mit der Gagfah wird als nicht ganz so gut bezeichnet.
- Die sozialen Indikatoren werden hinterfragt. - Hierzu zählen soziale Aspekte, wie Arbeitslosigkeit oder Ausländeranteil. Diese Indikatoren sind für eine Beurteilung der Priorität notwendig.
- Die Frage der Finanzierung wird hinterfragt. - Frau Pochert zeigt hierzu eine weitere Folie ihrer Präsentation, aus der hervorgeht, dass sowohl die Unterhaltung als auch die grundlegende Erneuerung bestehender Spielplätze nach 10 Jahren stark unterfinanziert sind. Für Neubauvorhaben ist bisher kein Geld eingeplant. Mehrbedarfe für alle drei Bereiche wurden daher bereits angemeldet.
- Bezüglich der Fläche am Festspielhaus wird darauf hingewiesen, dass die Geländeformation nicht unbedingt die Beste ist (starkes Gefälle) und dass es aus der Bürgerschaft Bestrebungen gibt, das Gelände anderweitig zu nutzen - Hierzu kann angemerkt werden, dass gerade die Einbeziehung von unterschiedlichen Höhenniveaus durchaus ihren Reiz für derartige Spielplätze haben kann. Die Planungen der Bürgerschaft sind bekannt, würden sich aber mit dem Spielplatz vertragen und ergänzen. Ohnehin handelt es sich bisher nur um eine Standortüberlegung, die genaue Realisierbarkeit und der genaue Standort müssten zukünftig noch geklärt werden.
- Im Bereich zwischen der Boltenhagener Straße und der Karl-Gjellerup-Straße soll ein neues Wohngebiet entstehen (B-Plan 386). Kann darauf hingewirkt werden, dass hier ein Spielplatz mit geplant und gebaut wird? - Im Baugesetzbuch gibt es die Verpflichtung, dass ein Spielplatz zu errichten ist, sobald mehr als drei Wohnungen geschaffen werden. Zusammen mit dem Stadtplanungsamt wird bereits jetzt darauf hingewirkt, dass dies umgesetzt wird.
- Der Begriff der Baustruktur sowie das Zusammenspiel mit den sozialen Indikatoren wird hinterfragt. - Unter Baustruktur wird die Art der Bebauung (geschlossene Bauweise, wenig grün - offene Bauweise, viele Freiflächen) verstanden. Im Zusammenspiel beider kann es - wie in Klotzsche geschehen - vorkommen, dass zwar ein hohes Defizit an Spielflächen vorhanden ist, aufgrund einer offenen Bauweise und vergleichsweise geringen sozialen Problemen wird für das betreffende Gebiet aber nur eine geringe Priorisierung vorgenommen.

Aufgrund wiederholter wirrer Zwischenrufe eines Bürgers muss die Sitzung erneut kurz unterbrochen werden. Der Bürger wird des Saales und anschließend des Hauses verwiesen.

- Die Kriterien der einzelnen Dringlichkeitsstufen werden hinterfragt. - Neben einer hohen Kinderzahl sind dies die städtebauliche Struktur (Bebauung), die sozialen Indikatoren sowie die Prognose zur zukünftigen Einwohnerentwicklung
- Woher erfahren Ortsbeiräte, die Vorschläge für mögliche neue Standorte unterbreiten wollen, ob sich die vorgesehenen Flächen im Eigentum der Stadt befinden? - Hierzu kann das Ortsamt Auskunft erteilen.

Herr Wintrich dankt Frau Pochert für die Bereitschaft zur Vorstellung des Konzeptes.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

2 Informationen des Ortsamtsleiters

- Vom 24. November bis zum 6. Dezember wurde eine Regenwasseranlage auf der Straße Am Weinberg in Dresden-Klotzsche hergestellt und der Wegeabschnitt instand gesetzt. Es entstand im Bereich des Oltersteinweges ein Sickerschacht zur Aufnahme von Oberflächenwasser.
Während der Bauzeiten waren die Grundstücke erreichbar. Das Parken war eingeschränkt, aber gewährleistet.
Im Auftrag des Straßen- und Tiefbauamtes übernahm die Firma SWU Sächsische Wasserbau- und Umwelttechnik Dresden GmbH die Arbeiten. Die Kosten betragen etwa 12.000 Euro.
- Die Stadtentwässerung lässt noch bis voraussichtlich 13.12.2014 den Abwasserkanal zwischen Hellerstraße und Kiefernweg instandsetzen. Auf der Fahrbahn ist teilweise mit deutlichen Einschränkungen zu rechnen. Laut Herrn Schulze war die Maßnahme schon am 08.12.14 wieder beendet.
- Der Entwurf zum Bebauungsplan 200, Travemünder Straße wurde nach seiner öffentlichen Auslegung mit einigen Änderungen und Ergänzungen versehen, die die Grundzüge der Planung nicht berühren. Gleichwohl wird der geänderte Entwurf mit seiner Begründung und den wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen vom 12.12.2014 bis zum 12.01.2015 erneut öffentlich ausgelegt. Innerhalb der Sprechzeiten kann eine Kopie der Unterlagen auch im Ortsamt Klotzsche eingesehen werden.
Geändert bzw. ergänzt wurden unter anderem die Standorte der Wertstoffcontainerstandplätze, der Trafostation, es gab Verschiebungen und Ergänzungen von Baumstandorten, Anpassungen und Verschiebungen von Verkehrsflächen und Vergrößerungen von Baufeldern.

Zu den Anfragen aus der letzten Sitzung:

- Frau Zichner ärgerte sich über die eingestürzte Mauer an der Alten Kirche Klotzsche. - Es handelt sich um einen Versicherungsschaden. Nach Auskunft der Kirchengemeinde liegen nunmehr alle notwendigen Unterlagen (Zustimmung Denkmalschutz, Baugenehmigung, ...) vor, so dass im November mit dem Wiederaufbau begonnen werden konnte.
- Zum Antrag von Herrn Lüers an die Oberbürgermeisterin bezüglich offener Fragen zur Sanierung und Auslagerung der 82. Oberschule an die 85. Grundschule, einen mit der Angelegenheit betrauten Mitarbeiter in die nächste Ortsbeiratssitzung zu entsenden, kann mitgeteilt werden, dass Herr Fückler, Abt.-Ltr. Schulbau/Schulentwicklung, in die Sitzung am 12. Januar 2015 eingeladen wird.

3 Anfragen und Anregungen

Herr Lüers verweist im Zusammenhang mit dem Thema Asyl auf die neu eingerichtete städtische Informationsseite. Auf dieser Seite ist eine Liste zu finden, auf welcher die bisher geprüften möglichen Wohnheimstandorte verzeichnet sind. Hierzu hat er folgende Fragen:

- Ist diese Liste aktuell? Hintergrund der Frage ist, dass der Standorte zur Wetterwarte in der Liste mit dem Vermerk geführt wird, der Standort sei „*bauplanungsrechtlich zulässig, zurückgestellt wegen hohem Investitionsbedarf*“. Nach seiner Kenntnis gibt es eine Information an den Stadtrat, aus der hervorgeht, dass in 2015 eine erneute Prüfung zu einer möglichen Umsetzung durchgeführt werden soll. Somit wäre die Aussage zur Zurückstellung hin-fällig. - Antwort noch offen.....

- Ferner wird in der o.g. Liste unter „Neu in Prüfung“ bei Nummer 73 ein Objekt in Klotzsche benannt, bei welchem die Prüfung in 11/2011 durchgeführt wurde. Handelt es sich dabei um einen Schreibfehler? ist 11/2014 gemeint? - Es handelt sich tatsächlich um einen Tippfehler, richtig ist 11/2014.

Herr Liskowsky äußert an dieser Stelle seine Verwunderung/ den Wunsch, dass die schon geprüften Standorte nicht nur anonymisiert benannt werden, sondern mit genauer Standortangabe, da ansonsten eine derartige Liste aufgrund des fehlenden Ortsbezuges wenig Sinn als Bürgerinformation hat. - Eine detaillierte Angabe zu Objekten ist aus Datenschutzgründen nicht möglich, da es sich überwiegend um private Objekte/ Flächen handelt und hier schützenswerte Interessen der Eigentümer vorgehen.

Frau Zicher bringt ihr Bedauern zum Ausdruck, dass eine vernünftige Kommunikation zu dem Thema im Ortsbeirat nicht stattgefunden hat. Sie fühlt sich, wie auch viel Bürger, vom Thema „überfahren“ und wendet sich nicht pauschal gegen Asylbewerber, sondern vor allem gegen den Standort, der ihrer Meinung nach nicht alternativlos ist. Für Sie ist die neue Fläche der Freiwilligen Feuerwehr an der Travemünder Straße eine bessere Lösung. Da die Einlassungen Frau Zichners zu dem Thema bereits stark mit dem Punkt 4 - Diskussion zu einer möglichen gemeinsamen Stellungnahme des Ortsbeirates zum Thema Asyl - korrelieren, bittet Herr Dr. Sickert darum, dies auf den nicht öffentlichen teil zu verschieben. Da dem der Ortsbeirat bereits am Anfang der Sitzung zugestimmt hat, wird die Diskussion an dieser Stelle zunächst beendet.

Christian Wintrich
Vorsitzender

Patrick Geßner
Schriftführer

OBR-Mitglied

OBR-Mitglied